

**Aus gutem Grund:**

# Sozial und Demokratisch.

## Die Argumentationskarten.

1. Viel erreicht, viel zu tun. Unsere Erfolge seit 1998
2. Wohlstand erhalten
3. Energie und Mobilität
4. Gute Arbeit sichern
5. Bildung ist Menschenrecht
6. Handlungsfähiger Staat – solidarisch finanziert!
7. Sozialstaat
8. Familien stärken – gleiche Chancen für jedes Kind ermöglichen
9. Soziale Gesellschaft im Wandel
10. Die soziale Einheit vollenden
11. Sicher leben in Deutschland
12. Umwelt und Natur
13. Kultur und Medien
14. Mehr Demokratie wagen
15. Für eine globale Verantwortungsgemeinschaft
16. Das soziale Europa bauen
17. Weltweit für Frieden und Abrüstung
18. Die Politik von Schwarz-Gelb
19. Die Politik der Linkspartei

**SPD**

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19

# Viel erreicht – viel zu tun. Unsere Erfolge seit 1998

Die SPD trägt seit 1998 maßgebliche Verantwortung für die Politik in Deutschland. Wir haben viel erreicht, aber auch noch viel zu tun.

**1. Einsatz für Arbeit.** Im Herbst 2008 ist die Arbeitslosigkeit durch den Einsatz der SPD auf unter 3 Millionen gesunken. Die aktuelle Krise wirft uns zurück, aber die SPD tut alles dafür, um gesunde Unternehmen und Arbeitsplätze zu erhalten. Es gilt der Grundsatz: qualifizieren statt entlassen.

**2. Friedensmacht Deutschland.** Wir haben die deutsche Außenpolitik unter das Leitprinzip einer vorausschauenden Friedenspolitik gestellt. Wir gehen die Ursachen von Krieg, Gewalt und Armut an. Gegen massiven Widerstand aus dem In- und Ausland haben wir eine Beteiligung am Irak-Krieg abgelehnt.

**3. Liberales Deutschland.** Gleiche Chancen und Rechte für Frauen und Männer sind zentrales Ziel der Politik. Eingetragene Lebenspartnerschaften sind möglich. Deutschland ist ein Einwanderungsland und wir haben für die nötigen Integrationsmaßnahmen gesorgt. Auf Bundesebene gibt es eine eigene Kulturpolitik.

**4. Soziale Rechte gelten.** Starke Arbeitnehmerrechte und soziale Rechte sind Grundprinzipien sozialdemokratischer Politik. Dem Fall der Löhne nach unten haben wir durch Regelungen für Mindestlöhne einen Riegel vorgeschoben. Mit der Grundsicherung im Alter und dem Arbeitslosengeld II haben wir viele Menschen aus der Sozialhilfe und der versteckten Arbeitslosigkeit herausgeholt.

**5. Wirtschaftliche Stärke.** Die deutsche Wirtschaft ist wettbewerbsfähig. Viele deutsche Produkte sind weltweit Spitze, nicht zuletzt durch staatlich finanzierte Forschung und Zukunftsinvestitionen.



**6. Energiewende eingeleitet.** Die SPD hat den Ausstieg aus der gefährlichen Atomenergie begonnen. Gleichzeitig sind wir große Schritte in Richtung einer modernen und klimaschonenden Energiepolitik des 21. Jahrhunderts gegangen: mehr Effizienz bei der Energienutzung und Ausbau der Erneuerbaren Energien.

**7. Kinder stehen im Mittelpunkt.** Wir haben die direkten finanziellen Hilfen für Familien ausgebaut. Wir haben einen Rechtsanspruch auf Teilzeit geschaffen und mit dem Elterngeld den zeitweisen Ausstieg aus dem Job für beide Geschlechter attraktiv gemacht. Und wir haben für mehr Betreuungsangebote und Ganztagschulen gesorgt.

**8. Der Sozialstaat ist zukunftsfest.** Wir stehen für einen starken Sozialstaat, der die großen Lebensrisiken absichert und den Menschen mehr Lebenschancen ermöglicht. Ein solcher Sozialstaat braucht eine akzeptierte und verlässliche Finanzierung. Darum haben wir den Anstieg der Sozialbeiträge gestoppt; wir wollen die soziale Sicherung auch in Zukunft stärker durch Steuern finanzieren.

**9. Mehr Bildungschancen.** Die frühkindliche Betreuung und Ganztagschulen wurden ausgebaut. Das BAföG für Studierende und das Meister-BAföG wurden verbessert. Mit Programmen für mehr Ausbildungsplätze und gegen Jugendarbeitslosigkeit haben wir vielen jungen Menschen den Einstieg ins Berufsleben ermöglicht.

**10. Solide Haushalte.** Wir waren auf dem Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt. Auch hier wirft uns die aktuelle Krise zurück. Doch wir haben Maßnahmen ergriffen, um die Verschuldung des Staates in Zukunft zu begrenzen.



Deutschland benötigt eine Wirtschaftspolitik, die unseren Wohlstand sichert und auf nachhaltiges Wachstum setzt. Die aktuelle Wirtschaftspolitik der SPD steht für eine aktive Konjunkturpolitik zur Überwindung der Krise, um die industrielle Basis zu erhalten und zu modernisieren.

Das Regierungsprogramm entwickelt darüber hinaus Perspektiven für die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes. Ein Neustart der Sozialen Marktwirtschaft ist unsere Antwort auf einen zügellosen Kapitalismus.

## Was wir wollen:

- Vollbeschäftigung ist unser zentrales Ziel. Alle Menschen müssen ihren eigenen Lebensunterhalt durch fair bezahlte Arbeit verdienen können.
- Eine starke Wirtschaft braucht einen innovativen, produktiven Exportsektor und einen starken Binnenmarkt – vor allem durch eine gerechte Einkommensverteilung.
- Neue Arbeitsplätze entstehen durch die Förderung zukunfts-trächtiger Leitmärkte wie Energietechnik, Mobilität oder Gesundheit. Aber auch in den Bereichen der personenbezo-genen Dienstleistungen („Menschen für Menschen“) und der Kreativwirtschaft können neue Arbeitsplätze entstehen.
- Mittelstand und Unternehmertum wollen wir fördern. Dazu gehört ein sicherer Kapitalzugang. Für Existenzgründerinnen und Existenzgründer werden wir flächendeckend neue Anlaufstellen in Form eines One-Stop-Shops schaffen und ihnen den Zugang zu Wagniskapital erleichtern.
- Regeln für die Finanzmärkte. Auf nationaler, euro-päischer und internationaler Ebene muss es eine



starke und handlungsfähige Finanzmarktaufsicht geben. Dazu gehören die Eindämmung kurzfristiger Spekulationen durch eine Börsenumsatzsteuer, eine lückenlose Überwachung von Hedge-Fonds und Private Equity, eine starke Finanzaufsicht, unabhängigere Ratingagenturen und eine konsequente Bekämpfung von Steuerhinterziehung.

- Wir wollen eine konjunkturgerechte Schuldenregel, die das Defizit von Bund und Ländern begrenzt, aber größere Spielräume in konjunkturellen Krisenzeiten vorsieht.
- Unternehmen sollen langfristig wirtschaften können und sich auch am Gemeinwohl orientieren. Wir werden dafür sorgen, dass Vorstandsvergütungen und -abfindungen oberhalb einer Höhe von einer Million Euro nur noch zur Hälfte steuerlich geltend gemacht werden können.
- Verbraucherinnen und Verbraucher wollen wir stärken und schützen. Für einen verbesserten Verbraucherschutz werden wir einen Finanz-TÜV einrichten.

### Die Position der Anderen:

Schwarz-Gelb hat keine wirtschaftspolitischen Konzepte. Sie wollen so weitermachen wie bisher, als würde es die Wirtschaftskrise nicht geben.

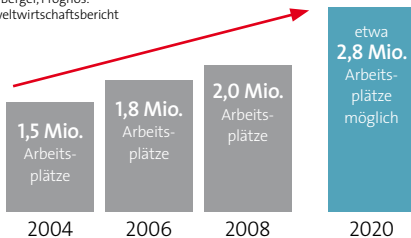
Vom Umdenken ist bei der Union und der FDP nichts zu spüren. Mit einem „Weiter so“ gibt es keine Zukunft für unser Land.



Auf die große Herausforderung des Klimawandels antworten wir mit dem Konzept einer ökologischen Industriepolitik. Wir setzen auf den Umbau der Industrie- und der Energielandschaft mit dem Ziel einer nachhaltigen Industrialisierung auf einem hohen technologischen und ressourceneffizienten Niveau. Der Energiemix der Zukunft muss sauber, sicher und bezahlbar sein. Wir müssen mittelfristig unabhängig von Ölimporten werden. Darum wollen wir „weg vom Öl“.

## Green Jobs in Deutschland\*

\*Quelle: Roland Berger, Prognos:  
McKinsey, Umweltwirtschaftsbericht



## Was wir wollen:

- Bis 2030 soll die Hälfte der Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien erfolgen – mit einem Nationalen Aktionsplan Erneuerbare Energien wollen wir dies erreichen.
- Wir wollen im Steuerrecht klare und verlässliche Anreize für Investitionen in Energieeffizienz und Erneuerbare Energien schaffen. Die Einnahmen aus der Versteigerung der Emissionszertifikate werden wir für Klima- und Umweltschutzmaßnahmen nutzen. Ein Klimaschutz-Innovationsfonds



soll zukünftig Risikokapital für innovative Klimaschutztechnologien zur Verfügung stellen.

- Die Nutzung der Atomenergie birgt zu große Risiken. Die Frage der Endlagerung des Atommülls ist bis heute ungelöst. Darum wird der Atomausstieg umgesetzt.
- Das international vereinbarte Ziel, die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Industriestaaten bis 2050 gegenüber 1990 um 80-95 % zu reduzieren, ist nur erreichbar, wenn wir auch in die Modernisierung unserer Kohle- und Gaskraftwerke investieren. Der Emissionshandel ist das zentrale Instrument, um neue Investitionen in hochmoderne und effiziente fossile Kraftwerke zu ermöglichen.
- Wir wollen Mobilität umweltfreundlich und bezahlbar gestalten. Wir wollen mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene verlagern.
- Die Bahn soll auch künftig als integrierter Konzern bestehen bleiben. Wir werden die ausreichende finanzielle Ausstattung der Bahn in der kommenden Legislaturperiode gewährleisten. Deshalb findet eine Kapitalprivatisierung nicht statt, auch nicht teilweise.
- Der Autoverkehr wird der Tatsache knapper werdenden Öls Rechnung tragen müssen. Wir wollen, dass das Auto der Zukunft in Deutschland entwickelt wird und flächendeckend zum Einsatz kommt.

### Die Position der Anderen:

Schwarz-Gelb steht für Atomenergie, das bedeutet radioaktive Müllberge für unsere Kinder und Enkel und verhindert den Ausbau Erneuerbarer Energien.



# Gute Arbeit sichern

4

Wir wollen, dass alle Menschen Arbeit haben. Arbeit ist der Schlüssel für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Unser Ziel bleibt Vollbeschäftigung. Die SPD hat mit ihrer erfolgreichen Beschäftigungspolitik dafür gesorgt, dass die Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren auf unter 3 Millionen gesenkt werden konnte. Aktuell belasten die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise massiv den Arbeitsmarkt. Mit den verbesserten Bedingungen für die Kurzarbeit haben wir dafür gesorgt, dass die Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt gedämpft werden. Qualifizieren statt entlassen ist das Gebot der Stunde.

Gerade in der Krise gilt: Unser Ziel ist Gute Arbeit, von der Menschen leben können, in der sie ihre Würde behalten, bei der sie ihre Rechte wahrnehmen können, die familienfreundlich gestaltet ist und in der immer Chancen zum sozialen Aufstieg bestehen. Gute Arbeit ist Voraussetzung für hohe Produktivität und hohe Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes in der Zukunft.

## Was wir wollen:

- Arbeitnehmerrechte wollen wir erhalten und ausbauen. Wir wollen die Tarifautonomie verteidigen, Tariftreue sichern, den Kündigungsschutz erhalten, den Arbeitnehmerdatenschutz verbessern und die Mitbestimmungsrechte ausbauen.
- Wer Vollzeit arbeitet, muss davon leben können. Deshalb werden wir einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn einführen – mit 7,50 Euro als Orientierungsmarke. Gleiche Bezahlung für Frauen und Männer muss endlich durchgesetzt werden.
- Jede und jeder muss einen Schulabschluss nachholen können. Wir wollen das duale System



stärken, das Bildungssystem durchlässiger gestalten sowie eine Berufsausbildungsgarantie für alle über 20-Jährigen.

- Leiharbeitsverhältnisse wollen wir besser absichern. Dazu gehören eine Lohnuntergrenze und die Durchsetzung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“.
- Unser Ziel ist die Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung. Jede und jeder erhält einen Anspruch auf Weiterbildungsberatung und die staatliche Förderung der Weiterbildung wird deutlich ausgebaut.
- Die Arbeitsvermittlung und Arbeitsförderung wollen wir weiter verbessern.
- Vermögen, das der Zahlung einer monatlichen Rente dient, soll bei Bezug von Arbeitslosengeld II in Zukunft nicht mehr angerechnet werden.

### Die Position der Anderen:

Für die Union ist „Gute Arbeit“ kein Thema. Sie sagt: „Sozial ist, was Arbeit schafft“, die Arbeitsbedingungen sind ihr egal. Der gesetzliche Mindestlohn wird abgelehnt. Die FDP plant massive Einschnitte in die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, insbesondere bei der Mitbestimmung.



# Bildung ist Menschenrecht

5

Jeder Mensch hat ein Recht auf gute Bildung – unabhängig von seiner Herkunft und vom Geldbeutel der Eltern. Sie ist die Grundlage für ein erfülltes Leben und Eintrittskarte für gute, qualifizierte Arbeit. Gerade in der Krise stellt die SPD die Bildung vorn an, damit wir gestärkt in die Zukunft gehen. Denn gute Bildung ist die Voraussetzung für Fortschritt und den zukünftigen Wohlstand des Landes.

In Deutschland hängt der Bildungserfolg zu stark von der sozialen Herkunft ab. Unsere Ziele sind mehr Chancengleichheit in der Bildung und ein Bildungssystem, das kein Kind und keinen Jugendlichen zurücklässt. Für die SPD steht fest: Unser Bildungssystem muss besser werden. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei der alle anpacken müssen.

## Was wir wollen:

- Wir brauchen mehr Geld für gute Bildung. Darum setzen wir uns für einen „Bildungssoli“ ein – der Spitzensteuersatz für Einkommen ab 250.000 Euro (Paare) soll von 45 auf 47 % erhöht werden. Die Einnahmen von gut 2 Milliarden Euro werden in die Bildung investiert.
- Die Qualität der frühkindlichen Bildung in den Kitas muss verbessert werden. Den Erzieherberuf werden wir stärken und den Personalschlüssel in den Kita-Gruppen verbessern.
- Rund 80.000 Schüler pro Jahr verlassen die Schule ohne Abschluss. Unser Ziel ist die Reduzierung der Zahl der Schulabbrecher jährlich um 10 %. Wir ermöglichen das Recht, den Schulabschluss gefördert nachzuholen.
- Das von der SPD eingeführte Programm zum Ausbau der Ganztagschulen ist ein voller Erfolg.



Wir wollen ein flächendeckendes Ganztagschulangebot schaffen und die Schulen mit einem Programm für Schulsozialarbeit unterstützen.

- Wir werden eine Berufsausbildungsgarantie für alle Jugendlichen ohne Berufsabschluss oder Abitur schaffen.
- Das Schüler-BAföG wurde einst von Helmut Kohl abgeschafft. Wir wollen es für Schüler aus einkommensschwachen Familien in der gymnasialen Oberstufe wieder einführen.
- Wir wollen die Zahl der Studierenden erhöhen. Um dies zu erreichen, wollen wir bis 2015 rund 275.000 zusätzliche Studienplätze schaffen, damit jeder und jede einen Studienplatz bekommt. Wo wir in Regierungsverantwortung sind, werden wir die Studiengebühren abschaffen. Die Hochschulen müssen besser ausgestattet werden, um den erhöhten Beratungsaufwand von Bachelor-Studiengängen abzusichern.

### Die Position der Anderen:

Union und FDP wollen gute Bildung nur für wenige. Sie verteidigen ein veraltetes und ungerechtes Schulsystem, das Kinder viel zu früh aussortiert und ihnen Chancen verbaut. Sie errichten finanzielle Bildungshürden. Ihre Studiengebühren schrecken junge Menschen vom Studium ab.

Bildungspolitik von Union und FDP heißt: statt Chancengleichheit gute Bildung nur mit dickem Portemonnaie. Bildungspotenziale liegen brach – das kann sich unser Land nicht leisten.



# Handlungsfähiger Staat – solidarisch finanziert!

Um wichtige Investitionen vor allem in Bildung, Familien, Forschung, Infrastruktur, Kultur oder Sicherheit zu ermöglichen, ist der Staat auf solide und stabile Einnahmen angewiesen. Die steuerpolitischen Vorschläge der SPD bilden ein verantwortungsbewusstes Gesamtkonzept.

6

## Was wir wollen:

Wir unterstützen gezielt kleine und mittlere Einkommen:

- Den Eingangssteuersatz wollen wir von 14 % auf 10 % senken – ein Plus von 270 Euro für einen verheirateten Arbeitnehmer mit 27.000 Euro Einkommen.
- Eingeführt werden soll ein optionaler Lohnsteuerbonus in Höhe von 600 Euro für Verheiratete (Singles: 300), wenn sie sich per Postkarte vom Finanzamt abmelden! Für einen kinderlosen Alleinverdiener mit 40.000 Euro Bruttoverdienst lohnt sich der Bonus bei Werbungskosten in Höhe von bis zu 1.795 Euro!
- Wir halten fest an der Erhöhung des Grundfreibetrags auf 8.004 Euro und der Anpassung der Steuerkurve an die gestiegenen Löhne und die Inflation in Höhe von 330 Euro ab 2010!
- Von der besseren Absetzbarkeit von Pflege- und Rentenversicherungsbeiträgen mit einem Volumen von 10 Milliarden Euro profitieren auch gesetzlich Versicherte!

Gleichzeitig schlagen wir einen solidarischen Lastenausgleich vor, der Vermögende und den Finanzsektor stärker an der Finanzierung der Lasten der Krise beteiligt:

- Die Einführung einer Börsenumsatzsteuer kann Spekulationen begrenzen und bringt notwendige Steuereinnahmen.



- Der Steuersatz für Spitzeneinkommen wird von 45 % auf 47 % ab einem zu versteuernden Einkommen von 125.000 Euro (Verheiratete 250.000 Euro) als „Bildungssoli“ angehoben. Dass Vermögende einen ihrer Leistungsfähigkeit entsprechenden steuerlichen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten, ist sozial gerecht und wirtschaftlich vernünftig.
- Wir wollen verstärkt gegen Steuerhinterziehung vorgehen. Jährlich gehen dem Fiskus bis zu 100 Milliarden Euro verloren – wir holen durch bessere Gesetze einen Teil zurück!

### Die Position der Anderen:

Die FDP will Steuerausfälle von über 80 Milliarden Euro – das ginge zu Lasten von Bildung, sozialer Sicherheit und Infrastruktur. Die CDU/CSU verspricht Steuersenkungen im Programm und diskutiert bereits vor der Wahl über Erhöhungen. Generelle Steuersenkungen sind jedoch in Anbetracht einer zu erwartenden Rekordverschuldung von 320 Milliarden Euro bis 2013 unverantwortbar. Schwarz-Gelb bleibt so nur der Ausweg über Kürzungen von Zukunftsinvestitionen und sozialen Leistungen.



In der Wirtschaftskrise zeigt sich: Unser Sozialstaat gibt den Menschen Halt. Er sichert ihre Existenz und verhindert Armut. Rentnerinnen und Rentner müssen nicht um ihre Rente fürchten. Das Kurzarbeitergeld sorgt für Job-Erhalt statt Kündigung. Die solidarische Kranken- und Pflegeversicherung gewährleistet eine stabile und gute Versorgung – es gibt trotz Wirtschaftskrise keine Leistungskürzungen.

Soziale Sicherheit gibt es nur in der organisierten Solidarität von allen für alle. Wir stehen vor einer Richtungsentscheidung im Sozialsystem: mehr Kapitalmarkt oder mehr Solidarität. Wir lehnen die Privatisierung von sozialen Risiken ab. Denn wir wollen, dass alle Menschen auch in Krisenzeiten soziale Sicherheit haben. Wenn wir den sozialen Fortschritt für alle erhalten wollen, müssen wir die organisierte Solidarität stärken.

## Was wir wollen:

- Alle sollen in der gesetzlichen Rentenversicherung eine Altersvorsorge bekommen. In einem ersten Schritt werden Solo-Selbstständige versichert.
- Die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 zum Jahre 2029 ist notwendig.
- Wir wollen flexible Übergänge von der Arbeit in die Rente ermöglichen: durch geförderte Altersteilzeit, durch die Möglichkeit einer Teilrente (bei gleichzeitiger Teilzeitarbeit) ab dem 60. Lebensjahr und die Möglichkeit, durch zusätzliche Rentenbeiträge (z. B. als Gegenstand von Tarifverträgen) früher abschlagsfrei in Rente gehen zu können.
- Gesundheit und Pflege werden zu einer Bürgerversicherung ausgebaut. Alle sollen zur Solidarität



beitragen: für mehr soziale Gerechtigkeit, gegen die Zwei-Klassen-Medizin.

- Durch neue Strukturen werden wir den Zugang zur medizinischen Versorgung verbessern.
- In der Pflege wollen wir Leistungen, die die Menschen tatsächlich benötigen und weg von der „Minutenpflege“. Für nahe Angehörige wollen wir einen bezahlten Freistellungsanspruch von der Arbeit von bis zu 10 Tagen einführen, damit sie bei akut auftretender Pflegebedürftigkeit die nötige Zeit zur Organisation der Pflege zur Verfügung haben.

### Die Position der Anderen:

- Union und FDP versprechen Steuersenkungen für Spitzenverdiener. Dies muss finanziert werden durch Einschnitte im Sozialsystem.
- Mehr Selbstbeteiligung und Wahltarife in der Krankenversicherung bedeuten: Gute medizinische Versorgung gibt es nur noch mit privaten Zusatzversicherungen. Die gesetzliche Krankenversicherung wird zur bloßen Basisversorgung abgebaut.
- Union und FDP wollen Privilegien für Wohlhabende in der Privatversicherung schützen. Nichtversicherte sollen auch in Zukunft keine Sozialversicherung erhalten.
- Menschen mit starken Berufsbelastungen können nicht früher in Rente gehen. Altersteilzeit lehnt die Union ab.



# Familien stärken – gleiche Chancen für jedes Kind ermöglichen

Familien brauchen ein kinderfreundliches Umfeld und eine gute Infrastruktur, die sie im Alltag entlastet und ihnen die Gewissheit gibt, mit ihrer Aufgabe nicht allein gelassen zu werden.

Wir haben in den vergangenen Jahren viel dafür getan, dass Familien mehr Zeit, finanzielle Unterstützung und eine bessere Infrastruktur bekommen: Elterngeld, Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Geburtstag und Ganztagsschulen ermöglichen mehr Familien mehr Entscheidungsfreiheit. Diesen Weg wollen wir weitergehen.

8

## Was wir wollen:

- Bereits beschlossen ist das Recht auf einen Betreuungsplatz „ab eins“ bis 2013. Wir wollen darüber hinaus einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung einführen und die Qualität der Kinderbetreuung verbessern.
- Die partnerschaftliche Arbeitsteilung wollen wir beim Elterngeld durch zwei zusätzliche Partnermonate und eine Erweiterung des gleichzeitigen Anspruchs auf Teilzeitbeschäftigung und Elterngeld von 7 auf 16 Monate fördern.
- Den Kinderfreibetrag, der Besserverdienende bevorteilt, wollen wir durch einen Kindergrundfreibetrag ersetzen. Jedes Kind muss uns gleich viel wert sein!
- Wir wollen Alleinerziehende gezielt unterstützen, z. B. durch Verbesserungen beim Unterhaltsvorschuss.



- Wir wollen einen zwischen Bund, Ländern und Kommunen abgestimmten Aktionsplan gegen die Armut von Kindern und Jugendlichen umsetzen.

### Die Position der Anderen:

Statt den Betreuungsausbau auch in den Ländern endlich konsequent voranzutreiben, will die Union ein Betreuungsgeld für Eltern einführen, die keinen Krippenplatz in Anspruch nehmen. Das wird ausgerechnet jene Kinder aus den Kitas fernhalten, die eine frühe Förderung besonders nötig hätten.

Statt Kinderarmut konsequent zu bekämpfen und alle Kinder gleich zu fördern, will die Union am ungerechten Kinderfreibetrag festhalten.



# Soziale Gesellschaft im Wandel

In unruhigen Zeiten wächst das Bedürfnis nach Zusammenhalt. Wir müssen uns neu darüber verständigen, wie wir Zusammenhalt organisieren und öffentliche Güter bereitstellen.

Unser Ziel ist eine soziale Gesellschaft, in der jeder ohne Angst verschieden sein kann, in der alle frei und gleichwertig sind, mit gleichen Chancen und Möglichkeiten. Wir brauchen Akzeptanz, eine Kultur der Anerkennung. Diskriminierung bekämpfen wir.

## Was wir wollen:

- Deutschland braucht Einwanderung – Einwanderung braucht Integration. Sprache ist der Schlüssel für ein gelingendes Miteinander. Wir werden die Position der Ausländerinnen und Ausländer im Erwerbsleben verbessern. Kinder, die bei uns geboren werden, sollen auch die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten und behalten können. Mehrstaatigkeit akzeptieren wir. Wir stehen für eine humane Flüchtlingspolitik.
- Wir wollen gleiche Aufstiegschancen für Frauen und Männer. In Aufsichtsräten wollen wir eine Frauenquote von mindestens 40 %.
- Wir werden neben der aktiven Frauenförderung die Gleichstellungspolitik zu einer Querschnittsaufgabe machen.
- Wir werden für mehr Respekt gegenüber Homo-, Bisexuellen und Transgender eintreten; eingetragene Lebenspartnerschaften stellen wir mit der Ehe gleich.
- Wir wollen aktive Teilhabe von Menschen mit Behinderung in allen Lebensbereichen erreichen. Die UN-Konvention für die Rechte von Behinderten wollen wir umfassend umsetzen und in einem nationalen Aktionsplan die konkreten Umsetzungsschritte bündeln.



- Bürgerschaftliches Engagement ist in einer sozialen und solidarischen Gesellschaft unverzichtbar. Wir wollen ehrenamtliches Engagement noch besser fördern. Doch das Ehrenamt darf nicht Lückenbüßer für fehlende staatliche Ressourcen sein.
- Wir wollen handlungsfähige, starke Kommunen. Wir sorgen für eine gute Finanzausstattung, die Daseinsvorsorge sichert und lokale Handlungsmöglichkeiten erweitert. Die Gewerbesteuer erhalten wir als wichtige Einnahmequelle der Kommunen.
- Wir wollen mehr Mitwirkung und Mitbestimmung Älterer in der Gesellschaft und in der Politik. Wir werden generationenübergreifende Freiwilligendienste fördern und setzen uns für die Einrichtung von Seniorenbeiräten ein. Wir wollen die Solidarität der Generationen fördern und ausbauen, um den Zusammenhalt der Gesellschaft zu fördern. Städtebauförderung, Stadtentwicklung, Wohnungsbau und soziale Infrastruktur werden wir stärker den Bedürfnissen einer älter werdenden Gesellschaft anpassen.



# Die soziale Einheit vollenden

Wir haben beim Aufbau Ost viel erreicht. Die Modernisierung Ostdeutschlands ist mittlerweile weit vorangeschritten. Ostdeutschland hat das Potenzial, seine Vorreiterrolle für eine moderne und ökologische Industriepolitik zu stärken und sich als Leitregion aussichtsreicher Zukunftsfelder weiterzuentwickeln, z. B. bei den Erneuerbaren Energien.

Doch es bleibt weiterhin viel zu tun. Nach der staatlichen Einheit müssen auch die soziale und die wirtschaftliche Einheit vollendet werden. Dafür bietet der Solidarpakt II bis 2019 weiterhin eine verlässliche Grundlage.

## Was wir wollen:

- Investitionspolitik und Innovationspolitik sollen sich an den bestehenden Potenzialen Ostdeutschlands orientieren. Wir stehen zur Weiterführung der Investitionszulage bis mindestens 2013 und zu verstärkten Investitionen in nachhaltige Bereiche wie Bildung, Wissenschaft und Infrastruktur.
- Es gilt, die Chancen des Hochschulpaktes für die ostdeutschen Hochschulen zu nutzen und die industriennahe FuE-Tätigkeit von Unternehmen und Forschungseinrichtungen zu unterstützen.
- Wir wollen die Attraktivität des Standorts Ost für Fachkräfte erhalten und verbessern, damit sie in der Region bleiben.
- Gleiche Löhne für gleiche Arbeit in Ost und West sind unser Ziel. Wir wollen einen einheitlichen und flächendeckenden Mindestlohn von 7,50 Euro.
- Für Langzeitarbeitslose in Regionen mit besonders verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit wollen wir den Kommunal-Kombi als sozialversicherte gemeinnützige Beschäftigung weiter ausbauen.



- Wir werden ein einheitliches Rentensystem in Ost und West durchsetzen.

### Die Position der Anderen:

Statt existenzsichernde Löhne zu fordern, setzt die CDU auf die „Chancen des Mindesteinkommens“, also auf Dumpinglöhne plus „Aufstocken“ mit Steuergeldern.



# Sicher leben in Deutschland

Deutschland gehört zu den sichersten Ländern der Welt. Die SPD hat mit ihrer vorausschauenden Politik dafür gesorgt, dass dies auch so bleibt. Unser Ziel ist es, dass die Menschen sicher sind und sich auch sicher fühlen.

Die Gewährleistung von Sicherheit ist staatliche Aufgabe. Sie darf nie zur Ware werden, die sich die einen leisten können und die anderen nicht. Sicherheit und Freiheit gehören zusammen. Sie sind zwei Seiten einer Medaille. Sicherheit und Bürgerrechte dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Es darf keine Militarisierung der inneren Sicherheit geben.

## Was wir wollen:

- Mit einer präsenten Polizei und klugen städtebaulichen Maßnahmen wollen wir die Sicherheit der Menschen erhöhen.
- Wir ächten jede Form von Gewalt und gehen gleichzeitig hart gegen ihre Ursachen vor – insbesondere im Bereich der Jugendgewalt.
- Sexueller Gewalt gegen Kinder und Kinderpornographie sagen wir den Kampf an – mit Hilfe des Strafrechts und auch im Internet. Familiengerichte haben mehr Möglichkeiten bekommen einzugreifen. Wir wollen, dass diese in der Praxis auch genutzt werden.
- Der Zugang zur Justiz darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Wir setzen uns deshalb für den Erhalt der Prozesskosten- und Beratungshilfe ein.
- Wir wollen keinen gläsernen Bürger, deshalb müssen staatliche Datenerhebungen und die Nutzungen der Daten gesetzlich klar geregelt und strikt begrenzt werden.



## Die Position der Anderen:

CDU/CSU wollen die Grundprinzipien unseres Rechtsstaats schleifen. Sie bringen mit ihren Vorschlägen das sensible Verhältnis von Sicherheit und Freiheit aus dem Gleichgewicht.

- Die Antworten auf Probleme liegen immer in der Verschärfung der Repressionen. Prävention hat keine gleichberechtigte Rolle in den Konzepten von CDU und CSU.
- Mit ihren Forderungen nach Einsatz der Bundeswehr im Inneren wollen sie eine Militarisierung der Innenpolitik. Sie wollen bewusst die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit verwischen.
- Sie wollen Jugendliche wie Erwachsene bestrafen und den Erziehungsgedanken aus dem Jugendstrafrecht verdrängen. Kriminalitäts- und Gewaltprävention wird vernachlässigt.



# Umwelt und Natur

Unsere natürlichen Lebensgrundlagen sind ein öffentliches Gut, das geschützt werden muss. Der Naturschutz in Deutschland, in Europa und in der Welt muss in den nächsten Jahren weiter deutlich verstärkt werden. Eine Schlüsselrolle kommt hier den Konsumenten zu: Verantwortungsbewusste und informierte Verbraucherinnen und Verbraucher spielen eine wachsende Rolle in der Sozialen Marktwirtschaft.

## Was wir wollen:

- Erste wichtige Erfolge auf dem Weg zu einem bundeseinheitlichen Umweltrecht hat die SPD erreicht. Wir halten fest am Ziel eines Umweltgesetzbuches.
- Uns ist es gelungen, mit dem „Nationalen Naturerbe“ 100.000 Hektar ökologisch wertvoller Flächen zu bewahren. Wir werden nun eine „Investitionsoffensive Naturschutz“ starten.
- Wir brauchen klare Regeln, um Gesundheitsschäden durch bedenkliche Produkte zu vermeiden. Hierzu werden wir Grenzwerte verschärfen.
- Wir werden die Anreize für schadstoffarme Fahrzeuge ausweiten. Zudem werden wir das Lärmschutzprogramm des Bundes für Straßen und Schienenstrecken weiter ausbauen und die Betroffenen von Fluglärm durch Schallschutz an ihren Gebäuden entlasten.
- Um das Potenzial der ländlichen Räume als Zukunftsräume Deutschlands auszuschöpfen, werden wir eine „Innovationsoffensive ländliche Räume“ starten.
- In der EU wollen wir weg von der Subventionspolitik landwirtschaftlicher Produktion mit der Gießkanne und hin zu einer Umwidmung dieser Mittel für die Unterstützung der Entwicklung ländlicher Regionen sowie die



Erbringung gesellschaftlich gewünschter Leistungen wie Gewässerschutz, Offenhaltung der Kulturlandschaften und Sicherung der Erholungsräume.

- Die große Mehrheit der Verbraucherinnen und Verbraucher lehnt den Einsatz der Gentechnik in der Landwirtschaft und der Lebensmittelproduktion ab. Sie wollen auch in Zukunft gentechnikfreie Erzeugnisse kaufen können. Landwirte sollen weiterhin gentechnikfrei anbauen und Lebensmittelproduzenten ihre Erzeugnisse auch ohne Gentechnik anbieten können.
- Die SPD hat durchgesetzt, dass der Tierschutz im Grundgesetz verankert wird. Wir streben eine Novellierung des Tierschutzgesetzes an.

### Die Position der Anderen:

Mit der Verhinderung des Umweltgesetzbuches (UGB) durch die CDU/CSU hat sich die Kanzlerin vom Ziel des Umweltschutzes verabschiedet. Nach der Wahl werden wir dieses Projekt für ein modernes und einheitliches Umweltrecht zügig aufgreifen und realisieren.



# Kultur und Medien

Mit der Einführung eines Staatsministeriums für Kultur und Medien unter der ersten Regierung Schröder 1998 wurde eine wichtige Entwicklung eingeleitet.

Diesen Weg werden wir konsequent fortsetzen, weil Kultur eine elementare Basis unserer demokratischen Gesellschaft ist und Medien in der digitalen Welt in allen Lebensbereichen eine große Rolle spielen.

Wir werden die Kultur als Staatsziel im Grundgesetz verankern. Ohne den Beitrag der Kultur sind politische Zukunftsaufgaben nicht zu lösen. Der kulturelle Dialog ist zudem die Grundlage von internationaler Verständigung und wirtschaftlichem Austausch.

Für unsere Demokratie ist ein unabhängiges und vielfältiges Mediensystem unverzichtbar. Informationsfreiheit und Meinungsvielfalt sind die Voraussetzung für eine soziale und demokratische Gesellschaft.

## Was wir wollen:

- Die Kultur- und Kreativwirtschaft wollen wir fördern und unterstützen. Wir wollen einen Kreativpakt zwischen Politik, Wirtschaft, Künstlern und Kreativen schließen, der wirtschaftliche Fragen, Fragen der sozialen Sicherung, der Bildung und der Teilhabe gemeinsam erörtert.
- Die Künstlersozialversicherung (KSV) wollen wir als ein weltweit einzigartiges Modell erhalten und weiter stärken.
- Wir wollen Tarifverträge und soziale Mindeststandards auch im Kultur- und Medienbereich.



Wir werden die Förderung des Bundes an die Einhaltung dieser Mindeststandards knüpfen.

- Wir wollen eine breit angelegte Initiative für die kulturelle Bildung von der frühkindlichen Erziehung an starten.
- Wir wollen das Urheberrecht und das Urhebervertragsrecht in der digitalen Welt stärken. Wir prüfen die Einführung einer Kultur-Flatrate.
- Wir wollen eine Medienordnung entwickeln, die den Erfordernissen der digitalen Welt gerecht wird, alle Inhalte über alle Vertriebswege umfasst und vor allem den Nutzer stärkt.
- Wir wollen die Medienkompetenz stärken, eine Stiftung Medienkompetenz einrichten sowie das Angebot eines Medienführerscheins für alle Kinder und Jugendlichen einführen.
- Wir wollen den Datenschutz in der digitalen Welt weiterentwickeln.

### Die Position der Anderen:

Die Aufnahme von Kultur als Staatsziel im Grundgesetz ist bisher an der Union gescheitert. Es ist leider davon auszugehen, dass sich die Union in dieser Frage auch in Zukunft nicht bewegen wird.



# Mehr Demokratie wagen

Demokratie ist Herrschaft des Volkes. Das heißt: Es sind die Bürgerinnen und Bürger, die sich frei und selbstbestimmt Regeln für ihr Zusammenleben geben. Wir wollen im Sinne von Willy Brandt mehr Demokratie wagen.

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Das bezieht sich ausdrücklich auf alle Menschen. Wir lehnen eine Leitkulturdebatte ab, denn sie ist mit der Idee von Freiheit und Gleichheit nicht vereinbar.

Demokratie hört nicht an der Bürotür und am Werktor auf. Gleiche Augenhöhe und Mitbestimmung am Arbeitsplatz gehören zu unserer sozialdemokratischen Demokratietradition.

## Was wir wollen:

- Wir wollen Volksbegehren und Volksentscheide auch auf Bundesebene ermöglichen und dabei die Erfahrungen in den Ländern berücksichtigen.
- Für Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger, die seit 6 Jahren in Deutschland leben, werden wir das kommunale Wahlrecht durchsetzen.
- Wo durch das Internet die öffentlichen Meinungsbildungs- und Beteiligungsprozesse verbessert werden können, werden wir diese Möglichkeit nutzen.
- Demokratie braucht politisch informierte Bürgerinnen und Bürger. Daher ist eine Intensivierung der politischen Bildung erforderlich.
- Der Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ist für uns eine gesamtgesellschaftliche und gesamtstaatliche und alle

Generationen betreffende Aufgabe. Die SPD wird die Bundesprogramme für den Kampf gegen Rechts verstetigen und spätestens in der nächsten Legislaturperiode eine Bundesstiftung zur kontinuierlichen Förderung aufbauen.

- Die NPD verherrlicht den Nationalsozialismus und hat eine aggressiv-kämpferische Grundhaltung gegenüber unserer Demokratie. Deshalb muss das Verbot der NPD angestrebt werden.

### Die Position der Anderen:

Einer direkten Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an demokratischen Prozessen im Bund verweigert sich die Union. Auch einer politischen Beteiligung von Nicht-EU-Ausländern in ihren Städten und Gemeinden erteilt sie eine Absage.

Nur auf Druck der SPD haben sich CDU/CSU des wachsenden gesellschaftlichen Problems des Rechtsextremismus angenommen. Die in ihrem Zuständigkeitsbereich liegenden Bundesprogramme wurden mit Gleichgültigkeit betrieben. Gleichzeitig verweigert die Union ein erneutes Verbotsvorhaben der offen gewaltbereiten rechtsextremistischen NPD.



# Für eine globale Verantwortungsgemeinschaft

Die Globalisierung der Märkte verlangt nach politischer Globalisierung, nach gemeinsamer politischer Gestaltung und fairen Regeln. Wir müssen die Wirtschafts- und Finanzkrise als Aufbruchssignal für eine globale Verantwortungsgemeinschaft nutzen, die verlässlich, stabil, gerecht und solidarisch ist.

## Was wir wollen:

- Wir wollen eine neue globale Finanzordnung schaffen. Unser Ziel: Kein Markt, kein Akteur, kein Staat oder Territorium, kein Produkt darf unbeaufsichtigt bleiben!
- Wir wollen die Vereinten Nationen als Zentrum einer globalen Rechtsordnung weiter stärken. Deutschland ist bereit, international noch mehr Verantwortung zu übernehmen, auch im Sicherheitsrat.
- Wir wollen die G8 um wichtige Schwellenländer erweitern. Langfristig verfolgen wir den Plan für einen Globalen Rat der Vereinten Nationen für Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik.
- Die Menschenrechtssysteme der Vereinten Nationen, der EU und des Europarates wollen wir weiter stärken. Wir setzen uns besonders für die Stärkung der Rechte von Frauen und Kindern ein.
- Wir unterstützen nachdrücklich die europäischen und internationalen Initiativen zur Abschaffung von Todesstrafe und Folter.

## Für eine gerechte Weltordnung

Wir setzen auf eine partnerschaftliche Entwicklungszusammenarbeit als Kernelement vorausschauender Friedenspolitik. Deshalb wollen wir unser entwicklungspolitisches Engagement verstärken und unsere Fähigkeiten in den Bereichen Konfliktprävention, Krisenbewältigung und Friedenskonsolidierung weiter ausbauen.

### Was wir wollen:

- Wir wollen alles tun, um die Millenniums-Entwicklungsziele bis zum Jahr 2015 zu erreichen. Wir stehen zu unserer Zusage, bis 2010 0,51 % und bis 2015 0,7 % des Bruttoinlandsproduktes für die weltweite Bekämpfung von Armut und Hunger zur Verfügung zu stellen. Wir setzen uns für eine Abkehr von dem globalen Ungleichgewicht zwischen Rüstungs- und Entwicklungsausgaben ein.
- Im Rahmen der WTO-Entwicklungsrunde muss den armen Ländern eine bessere Teilhabe am Welthandel ermöglicht werden. Die Agrarexportsubventionen müssen beendet werden. Soziale und ökologische Mindeststandards sollten verbindlich in das Regelwerk der WTO aufgenommen werden.
- Auch in Zukunft wollen wir, dass die Entwicklungszusammenarbeit in einem eigenständigen Entwicklungsministerium gesteuert wird.

### Die Position der Anderen:

Mit Schwarz-Gelb droht ein Rückschritt in der Entwicklungspolitik: Die FDP fordert die Auflösung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Die CDU/CSU hat das Zeitziel bei der Aufstockung der Entwicklungshilfe von 0,51 % bis 2010 und 0,7 % bis 2015 nicht akzeptiert.



# Das soziale Europa bauen

Das geeinte Europa ist unsere gemeinsame Chance, sozialen Fortschritt und soziale Gerechtigkeit im globalen 21. Jahrhundert zu verwirklichen. Wo die Gestaltungskraft der Nationalstaaten an Grenzen stößt, muss die Europäische Union ansetzen und den Primat demokratischer Politik gegenüber dem freien Spiel der Marktkräfte durchsetzen. Wir sagen Nein zu einem Europa der Marktradikalität, wie Konservative und Liberale es wollen. Wir wollen das soziale Europa schaffen.

## Was wir wollen:

- Wir wollen europäische soziale Mindeststandards vereinbaren, um Lohn- und Sozialdumping zu unterbinden. Mit einer sozialen Fortschrittsklausel im EU-Recht wollen wir das Prinzip festschreiben: gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort!
- Wir wollen einen europäischen sozialen Stabilitätspakt aufbauen, mit gemeinsamen Standards für Sozial- und Bildungsausgaben in den EU-Mitgliedstaaten und existenzsichernden Mindestlöhnen europaweit.
- Wir wollen die Mitbestimmung in Betrieben und Unternehmen europaweit stärken und die Rechte der europäischen Betriebsräte weiter ausbauen.
- Wir fordern einen wirksamen europäischen Schutz für Dienstleistungen der Daseinsvorsorge.

## Ein starkes und demokratisches Europa in der Welt

Die Selbstbehauptung Europas und der Europäischen Union im ersten wirklich globalen Jahrhundert setzt politische Handlungsfähigkeit voraus:



## Was wir wollen:

- Wir wollen, dass der Vertrag von Lissabon bald in Kraft tritt. Durch ihn wird die EU demokratischer, handlungsfähiger, bürgernäher und auch sozialer. Unser langfristiges Ziel bleibt eine europäische Verfassung.
- In der Krise fordern wir eine starke europäische Wirtschaftspolitik, vor allem auch für die kleinen und mittleren Unternehmen und das Handwerk in Europa. Bei ihnen werden die meisten Arbeitsplätze geschaffen.
- Wir wollen in Deutschland und Europa eine umfassende sozial-ökologische Modernisierung schaffen. Durch eine europäische Investitionsoffensive in Bildung, Forschung und auf dem Gebiet der Erneuerbaren Energien wollen wir langfristiges Wachstum anstoßen und Jobs schaffen, die Zukunft haben.
- Wir setzen auf eine ökologische Industriepolitik, die in die Leitmärkte der Zukunft – Erneuerbare Energien, Ressourceneffizienz und Mobilität – investiert.
- Wir wollen Europa zu einer globalen Friedensmacht weiterentwickeln, die sich für Frieden, gerechte Entwicklung, die Menschenrechte und das Völkerrecht, Demokratie und einen Dialog der Kulturen in der Welt einsetzt.
- Die EU-Erweiterungspolitik führen wir als erfolgreiche Friedenspolitik fort. Wir unterstützen einen EU-Beitritt der Türkei, wenn diese die erforderlichen Kriterien voll erfüllt.

## Die Position der Anderen:

Bei CDU/CSU und FDP findet das soziale Europa nicht statt. Sie haben kein Interesse an starken Arbeitnehmerrechten, Mitbestimmung und fairen Mindestlöhnen in Europa.



# Weltweit für Frieden und Abrüstung

Sozialdemokratische Außen- und Sicherheitspolitik hat unser Land geprägt – von der Entspannungspolitik Willy Brandts bis zu Gerhard Schröders Nein zum Irak-Krieg. Drohende Aufrüstung weltweit verlangt nach einer neuen Entspannungspolitik. Statt Drohung und Abgrenzung brauchen wir mehr Dialog. Nicht Konfrontation, sondern Kooperation ist das Gebot unserer Zeit.

## Was wir wollen:

- Mit dem Amtsantritt von Barack Obama ergibt sich die Chance einer Erneuerung der transatlantischen Partnerschaft. Wir wollen dabei vor allem Abrüstung, Klimaschutz und Energiesicherheit in den Mittelpunkt stellen.
- Wir plädieren für einen gemeinsamen Raum der Sicherheit von Vancouver bis Wladiwostok, in dem NATO und Russland vertrauensvoll zusammenarbeiten.
- Abrüstung, Nichtverbreitung von Atomwaffen und Rüstungskontrolle sind für uns eine zentrale Überlebensfrage von morgen. Unser Ziel bleibt eine Welt ohne Atom- und Massenvernichtungswaffen. Wir setzen uns dafür ein, dass in einem ersten Schritt alle Nuklearwaffen aus Deutschland und Europa abgezogen werden.
- Wir wollen den Vertrag über konventionelle Abrüstung in Europa (KSE) wieder beleben und erneuern. Wir stehen zu einer restriktiven Rüstungskontrollpolitik. Eine Aufweichung der rüstungsexportpolitischen Grundsätze lehnen wir ab.

## Verantwortung für Frieden

Wir wollen, dass Deutschland seine gewachsene Verantwortung für Frieden und Entwicklung in der Welt wahrnimmt. Mit unserer vorausschauenden Friedenspolitik setzen wir auf zivile Konfliktprävention und ziviles Konfliktmanagement. Zivile Mittel haben für uns klar Vorrang vor militärischen. Ein umfassendes Verständnis von Frieden, Sicherheit und Entwicklung leitet unser Handeln: Wir wollen die tiefer liegenden Ursachen von Krieg, Gewalt und Armut beseitigen.

## Was wir wollen:

- Wir werden das deutsche Engagement in Afghanistan weiterhin konstruktiv und kritisch begleiten. Afghanistan darf nicht wieder zum Zufluchtsort für Terroristen werden. Die elementaren Menschenrechte müssen gewahrt sein. Je schneller wir diese Ziele erreichen, desto schneller können wir unser militärisches Engagement in Afghanistan beenden.
- Internationale Einsätze der Bundeswehr können für uns nur das äußerste Mittel sein, wenn andere Instrumente zur Sicherung des Friedens und zum Schutz der Menschen keine Lösung herbeiführen können. Die Einsätze der Bundeswehr müssen durch ein Mandat des UN-Sicherheitsrates sowie einen Beschluss des Deutschen Bundestages legitimiert und in ein politisches Gesamtkonzept integriert sein.
- Wir wollen die Wehrpflicht weiterentwickeln. Zum Dienst in den Streitkräften sollen künftig nur noch diejenigen einberufen werden, die sich zuvor bereit erklärt haben, den Dienst in der Bundeswehr leisten zu wollen.



## Kein solidarischer Lastenausgleich

Schwarz-Gelb präsentiert in der Krise alte Hüte. Sie senken Steuern für die oberen Einkommensgruppen. Westerwelles Liberale fordern einen Spitzensteuersatz von 35 %. Das kostet den Staatshaushalt 80 Milliarden Euro. In einer Zeit, in der alle Bürger für die Folgen von Spekulation mit ihrem Geld einstehen müssen, ist das besonders ungerecht und wirtschaftlich unsinnig. Steuergeschenke führen direkt in den Sozialabbau.

Während die SPD einen „solidarischen Lastenausgleich“ vorschlägt, der Spitzenverdiener stärker einbezieht, macht die FDP ihnen Steuergeschenke:

- Alleinstehende mit 125.000 Euro im Jahr werden um 10.000 Euro entlastet.
- Familien (ein Kind) mit 200.000 Euro im Jahr werden um 20.000 Euro entlastet.

Aus der Krise will Schwarz-Gelb keine Konsequenzen ziehen. Statt effektiver Kontrollen, wirksamen Anlegerschutzes und mehr Transparenz bieten Union und FDP bei der Managervergütung nur Kosmetik. Eine Börsenumsatzsteuer, die Spekulation bremsen und die Finanzmärkte an der Krisenlast beteiligen würde, lehnt Schwarz-Gelb ab.

## Teilkasko statt solidarischer Gesellschaft

In schwierigen Zeiten und im Alter können sich die Bürger auf die solidarischen Sozialversicherungen verlassen. Schwarz-Gelb will diese Solidarität kündigen. Ihr Ziel ist es, Arbeitslosigkeit, Alter und Krankheit privat abzusichern.

Das trifft vor allem die Krankenversicherung. Die FDP will alle Kassen privatisieren. Die Union will nur noch



eine Grundversorgung durch die gesetzlichen Kassen. Das läuft auf ein Teilkaskomodell hinaus. Allein auf sich gestellt können sich Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen oder mit besonderen Risiken Sicherheit in Zukunft kaum noch leisten.

### **„Sozial ist, was Arbeit schafft“!?**

Schwarz-Gelb hat im bisherigen Verlauf der Krise gezeigt, dass ihnen ideologische Lehrbuchweisheiten wichtiger sind als der Schutz von Arbeitsplätzen. Gesetzliche, flächendeckende Mindestlöhne lehnen sie strikt ab. Die Liberalen fordern Kürzungen bei der Arbeitsförderung. Ihre Logik ist einfach: Jeder kümmert sich um sich selbst, so ist allen geholfen.

Die Einschränkung des Kündigungsschutzes und die Ausweitung befristeter Beschäftigung sind nicht vom Tisch. Die Liberalen drängen darauf, die betriebliche Mitbestimmung in der bisherigen Form abzuschaffen.

### **Wirtschaftspolitik der Zukunft**

Statt alle Kraft in den Ausbau Erneuerbarer Energien zu investieren, setzt Schwarz-Gelb auf den Weiterbetrieb veralteter Atomkraftwerke. Die Liberalen wollen aus der Förderung Erneuerbarer Energien aussteigen. Ihr Prinzip lautet: Auch beim Klimaschutz wird der Markt es richten. Gleichzeitig will Schwarz-Gelb unter dem Deckmantel des Bürokratieabbaus Umweltstandards senken.



# Die Politik der Linkspartei

Die Linkspartei macht eine Politik nach dem Prinzip „Wünsch dir was“. Was immer die SPD vorschlägt: Die Linke fordert das Doppelte – mindestens.

Der größte Posten ist ein jährliches Investitionsprogramm in der Höhe von 100 Milliarden Euro. Als Investitionsfonds legt die Linkspartei einmalig 100 Milliarden obendrauf. Finanzieren soll das die sogenannte Millionärssteuer. Doch die hohen Spitzensteuersätze im Programm der Linkspartei schaden vor allem den Arbeitnehmern.

Die Linke fordert einen Mindestlohn von 10 Euro die Stunde. Dass solche Löhne vor allem in Ostdeutschland unrealistisch sind, ist ihr wohl bewusst. Die konkrete Verbesserung der Lebensverhältnisse von Menschen erfordert mehr als wohlfeile Versprechen.

Die Linke verspricht einen ALG II-Satz von 500 Euro. Die Bezugsdauer des ALG I will die Linkspartei verlängern. Das führt zu steigenden Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung.

Die Linkspartei will das Renteneintrittsalter auf unter 65 Jahre senken und die Renten in Ost und West wesentlich anheben. Damit stiege der Rentenbeitrag auf 27 %. Ein solch hoher Beitragssatz vernichtet unmittelbar 600.000 Arbeitsplätze, denn höhere Rentenbeiträge belasten vor allem kleine und mittlere Einkommen sowie personalintensive Betriebe.

Die Linkspartei fordert den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Die Situation der afghanischen Bevölkerung ignoriert sie. Zur Sicherheitspolitik fällt der Linkspartei nur die Forderung nach Auflösung der NATO und



Fundamentalkritik an der EU ein. Das ist keine Antwort auf die wachsende Unsicherheit in der Welt.

Alles in allem bedeutet das Programm der Linken Kosten von 220 Milliarden Euro. Zum Vergleich: Der gesamte Bundeshaushalt 2009 lag knapp unter 300 Milliarden Euro.

Ihre Verantwortungslosigkeit isoliert die Linken. Die Vernünftigen in der Linkspartei haben das begriffen – und beginnen auszutreten.

